„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

19. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 26. Mai 1926 | 12 Seiten | Nummer 29

Canadisches Budget angenommen

13 Stimmen Mehrheit für Regierung

Premier King verteidigt Finanzpolitik seines Kabinetts

Henri Bourassa für Besteuerung der Kriegsprofite.

Ottawa. — Nach einer über einen Monat dauernden Debatte nahm das canadische Unterhaus das von Finanzminister Robb eingebrachte Budget an, indem der konservative Gegenantrag mit 121 gegen 108 Stimmen abgelehnt wurde. Die Liberalen, Progressiven, Unabhängigen und Arbeitervertreter stimmten geschlossen gegen das konservative „Amendment", welches folgenden Wortlaut hatte:

„Beim letzten allgemeinen Wahlfeldzug wurde vom Premierminister und anderen Ministern der Krone wiederholt versichert, daß vor weiteren Tarifänderungen den davon betroffenen Industrien eine Gelegenheit geboten werden solle, vor einem beratenden Ausschuß gehört zu werden. Diese Zusicherungen wurden von der Regierung offiziell der Thronrede zur gegenwärtigen Session einverleibt. Demgemäß wurde auch ein beratender Tarifausschuß eingesetzt. Das Haus ist der Ansicht, daß im Falle der drastischen, im Budget angekündigten Aenderungen die gegebenen Zusicherungen nicht erfüllt wurden."

An der Abstimmung nahmen weder Premier King noch Arthur Meighen, der erkrankt war, teil.

Dem Abstimmungserfolg der Regierung mit 13 Stimmen Mehrheit ging noch eine lebhafte Debatte voraus. Premier King bezeichnete den konservativen Ergänzungsantrag als ein „Milch und Wasseramendement", das sich mit der grundsätzlichen Seite der Tariffrage überhaupt nicht befasse, sondern sich nur auf die Methode beziehe. Obwohl der konservative Führer, Arthur Meighen, im Wahlfeldzug sich für eine Tarifrevision im Sinne erhöhter Schutzzölle eingesetzt habe, hätten die Konservativen doch nicht den Mut gehabt, ein entsprechendes „Amendment" einzubringen.

Zu einer scharfen Auseinandersetzung kam es, als Premier King darauf hinwies, daß Meighen in Kitchener im Laufe des Wahlkampfes den britischen Vorzugstarif „als grundsätzlich falsch und als schädlich für die canadischen Arbeiter bezeichnet habe. „Ich möchte wissen," so fuhr King fort, „was man wohl gesagt hätte, wenn ich eine ähnliche Bemerkung in einer Stadt gemacht hätte, welche, soweit ich weiß, die größte deutsche Einwohnerzahl hat."

Da sprang der Konservative Hon. R. B. Bennett auf seine Füße und erwiderte, Meighen habe in Kitchener nur Vorzugstarif für Vorzugstarif verlangt, was schon seit länger Zeit die Lehre der Konservativen sei.

Im weiteren Verlauf seiner Rede schilderte der Premier das Verhalten der Konservativen nach der Wahl von 1921. Auch damals hätten sie sich für Schutzzoll ausgesprochen, aber im Parlament hätten sie jede Gelegenheit zur Vertretung ihres Standpunktes wie auch diesmal wieder versäumt. Das zeige, daß die Mitglieder der Opposition in diesem Punkt sich selbst nicht einig seien.

Auch auf den beratenden Tarifausschuß kam King zu sprechen. Immer wieder sei dargelegt worden, daß der Tarif letzten Endes doch immer im Parlament entschieden werden müsse und daß die Einsetzung eines solchen Ausschusses nicht die Hände der Regierung binden dürfe. Mit der Einsetzung des Ausschusses habe die Regierung ihr Versprechen eingelöst. Es sei nicht seine Schuld, wenn der Ausschuß nicht in der Lage gewesen sei, den Automobiltarif vorzuberaten. Der Ausschuß habe sich ein und einen halben Monat lang erfolglos darum bemüht, einen hochangesehenen Mann zu seinen Beratungen hinzuzuziehen. Tatsächlich erfreue sich kaum eine andere Maßnahme solcher Volkstümlichkeit wie die Ermäßigung des Automobiltarifs. Von konservativer Seite habe man bei Ermäßigung des Tarifs für landwirtschaftliche Maschinen auch davon gesprochen, die Regierung wolle die Industrie ruinieren. Und doch sei sie heute in einer besseren Lage als je zuvor. Sie habe ihre Angestelltenzahl von 5.206 am 1. April 1922 auf 8.257 am 1. April 1926 erhöht. Auch der Ausfuhrhandel der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie in Canada habe sich in vier Jahren um über vier Millionen Dollars vermehrt. Premier King verlieh der Ueberzeugung Ausdruck, daß die nämliche Wirkung auch in der Autoindustrie eintreten werde. Ein weiteres günstiges Zeichen für die industrielle Entwicklung der Dominion sei es, daß zum ersten Male in der Geschichte im Jahre 1925 die Ausfuhr von Fertigfabrikaten die Einfuhr um $15.000.000 überschritten habe.

Ferner beantwortete der Redner die Frage, warum so viele Canadier nach den Ver. Staaten auswandern. Weil die Konservativen ihnen dazu geraten hätten und die hiesigen Verhältnisse im schlechtesten Licht darstellten.

Das Land, so meinte der Premier weiterhin, werde sich wenig mehr um das konservative Gerede vom Nichtfunktionieren der liberalen Regierung kümmern, wenn die heutige Abstimmung vorgenommen sei. Er schilderte weiterhin die verschiedenen Steuer- und Tarifermäßigungen, welche unter seiner Verwaltung vorgenommen worden sind. In Anbetracht dieser Tatsachen könne man nicht mehr davon sprechen, daß Canada halb gelähmt sei und daß unser Lebensblut ausströme. Die Steuerherabsetzungen seien dem Umstande zuzuschreiben, daß die Regierung es sich zur Aufgabe gemacht habe, auch die öffentlichen Ausgaben entsprechend zu vermindern. Was die Kriegs- und Demobilisierungskosten angehe, so müsse bedacht werden, daß jeder Dollar davon geliehenes Geld sei, und daß die damalige konservative Regierung sich keine Gedanken über die Deckung der Auslagen oder über die Konskription des Reichtums gemacht habe.

Der nächste Redner war der Konservative Hon. R. B. Bennett von West-Calgary, der behauptete, die nationale Schuld sei in Wirklichkeit heute größer als zur Zeit des Regierungsantritts von Premier King. Jeder Handelsvertrag, den die Regierung abgeschlossen habe, habe eine Besserung der Handelsbilanz für das fremde Land und eine Verschlechterung derselben für Canada selbst mit sich gebracht. Er unterstütze das konservative „Amendment", weil es in klarer und unzweideutiger Weise eine Mahnung an die Ehre des Parlaments und der Nation sei. Es erkläre, daß die Regierungen ihre eigenen Versprechungen mißachtet habe. Dann ging Bennett auf den Wahlkampf von 1911 ein. Damals habe Premier King sich um Waterloo beworben und in einer Rede in Kitchener unter Bezugnahme auf die Flottenpläne von Sir Robert Borden erklärt, der damalige konservative Führer habe Kriegsschiffe bauen wollen, um Deutschland zu bekämpfen. Premier King erhob sich und widersprach dieser Aeußerung. Doch Bennett behauptete weiter, King habe sogar den Ausdruck gebraucht: „Wie können Deutsche in Canada hinter einem Mann wie Borden stehen?" Auch das wurde vom Premier bestritten. Unter anderem erklärte der konservative Redner, die canadische Stahlindustrie sei im Gegensatz zur amerikanischen in einer schwierigen Lage. Das größte Problem des Landes sei es, seine Bürger festzuhalten. Die canadischen Arbeiter und die canadischen Industrien seien einem unlauteren Wettbewerb ausgesetzt, der in der gewaltigen Massenproduktion in den Ver. Staaten seine Ursache habe. Außerdem warf er dem Premier vor, er habe sein Wort gebrochen, nachdem er versprochen habe, daß alle Tarifänderungen einem beratenden Ausschuß unterbreitet werden sollten. Dieser Ausschuß hätte untersuchen sollen, ob wirklich die Automobilfabrikanten zu hohe Gewinne eingesteckt hätten, wie von Regierungsseite immer behauptet werde.

Vor der Abstimmung hielt noch der unabhängige Abgeordnete von Labelle, Henri Bourassa, eine hochinteressante Rede. Er kam auf die Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Lage in Canada zu sprechen und meinte:

„Die tiefere und dauernde Ursache dieser Unzufriedenheit, dieser Unruhe und dieser Auswanderung in die Ver. Staaten ist in unseren Kriegsdummheiten zu finden. Das kann nicht stark genug betont werden, damit zu-

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Reichskanzler Marx über sein Regierungsprogramm

Fortsetzung der Außenpolitik des Lutherkabinetts

Die freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland.

Berlin, 24. Mai. — Strikte von Hindenburg vorgeschlagenen Befolgung der auswärtigen Politik Deutschlands, wie sie durch das Londoner Reparationsabkommen und den Sicherheitspakt von Locarno bestimmt ist, wird auch das Programm des neuen Kabinetts sein, erklärte Kanzler Marx dem Reichstag, als er sich als Nachfolger von Kanzler Luther vorstellte.

Der neue Kanzler sprach die Hoffnung aus, daß die Beratungen der Kommission in Genf über die Reorganisation des Ligarates zu dem Erfolge führen möchten, daß Deutschland baldmöglichst als ein vollberechtigtes Mitglied in die Organisation aufgenommen werden würde.

Indem er auf den kürzlich zwischen Deutschland und Rußland abgeschlossenen Vertrag zu sprechen kam, sagte Dr. Marx, daß derselbe einen Teil von Deutschlands Friedensprogramm bilde.

„Der Vertrag ist ein Ausdruck freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und seinem großen Nachbarn im Osten," sagte er, „und ist ein weiteres Glied in der Kette von Verträgen, welche dazu bestimmt sind, den Frieden und den wirtschaftlichen Zusammenschluß in Europa herbeizuführen."

In Bezug auf die Flaggenfrage erklärte Dr. Marx, daß das jetzige Kabinett der Angelegenheit seine ungeteilte Aufmerksamkeit zuwenden werde, um eine Lösung in der Streitfrage über die einheitlichen Nationalfarben zu erzielen, und zwar mit Berücksichtigung der vom Präsidenten Ebert gegebenen Anregungen.

Der Kanzler machte ferner bekannt, daß die Regierung dem Reichstag in nächster Zukunft ein Gesetz unterbreiten werde, durch welches die Frage des Eigentums früherer regierenden Persönlichkeiten geschlichtet werden soll. Dieses Vorgehen der Regierung sei jedoch von der auf den 20. Juni angesetzten Volksabstimmung vollständig unabhängig.

Die Regierung benötige der Mitarbeit des Reichstages, sagte der Kanzler weiter, um die Wohlfahrt des deutschen Volkes auf der Grundlage der republikanischen Konstitution von Weimar herbeiführen zu können, und um die Einheit des Reiches erhalten zu können.

Er sprach in anerkennenden Worten über die Erfolge, welche durch die Politik seines Vorgängers, des Kanzlers Luther, in Bezug auf die politischen und wirtschaftlichen Fortschritte des deutschen Volkes und seine Bestrebungen für den Weltfrieden erzielt worden seien. „London und Locarno," sagte der Kanzler, „legen Zeugnis von der erfolgreichen Tätigkeit des Kanzlers Luther ab."

Die Erklärung des neuen Kanzlers war kurz gehalten und wurde nur stellenweise von Beifall unterbrochen.

Der Reichstag hieß mit überwältigender Mehrheit die Politik des neuen Kabinetts gut.

Deutsches Vorkriegsgeld wertlos

Berlin, 22. Mai. — Tausende von Besitzern deutschen Papiergeldes aus der Vorkriegszeit hatten gehofft, daß die Scheine wieder gesetzliches Zahlmittel werden. Eine Entscheidung des Reichsgerichts in Leipzig vernichtet diese Hoffnung. Das Gericht bestätigte die Entscheidung einer unteren Instanz, wonach die Vorkriegsscheine aufgehört haben, gesetzliche Zahlmittel zu sein.

Britische Regierung und Bolschewismus

London, 22. Mai. — Das britische Außenamt beabsichtigt, bei der Sowjet-Regierung wegen gewisser Erklärungen vorstellig zu werden, welche von Sowjetbeamten bei der Unterstützung des kürzlichen Generalstreiks in Großbritannien gemacht worden sein sollen.

Die Haltung des Außenamtes zu der Angelegenheit ist, daß die angeblichen Erklärungen nicht in Uebereinstimmung mit den freundschaftlichen Beziehungen seien, welche offiziell zwischen den beiden Regierungen bestehen.

Austen Chamberlain, der Außenminister, erklärte auf eine Anfrage im Unterhause, daß er weitere Informationen erwarte, bevor er entscheiden könne, ob und was für Schritte in der Sache unternommen werden sollten.

Schulkampf in Alberta vermieden

Premier Brownlee will keine Verquickung der Naturwerte- und Separatschulfragen aufkommen lassen.

Legislatur schließt mit Annahme der Naturwertebill.

Edmonton, Alta. — Nachdem die Regierungs- und Oppositionsparteien eigene Fraktionssitzungen abgehalten hatten, kündigte Premier Brownlee in der Alberta-Legislatur an, daß seine Regierung nicht die Naturwerte übernehmen könne, wenn die Separatschulfrage damit verknüpft werde.

Der Premier erklärte, wie diese beiden Fragen miteinander zusammenhängen und betonte weiterhin, daß die Bevölkerung von Alberta sich bemüht habe, die Lage nicht noch schwieriger zu gestalten. Er sei ferner der Ueberzeugung, daß kein Grund zur Befürchtung vorliege, daß die Separatschulfrage wiederum in die Arena der Provinzialpolitik eintrete.

Er schilderte die Verhandlungen, die dem Entwurf der Gesetzesvorlage vorausgegangen seien, und sagte, daß es ihm niemals eingefallen sei, in irgendeiner Weise die Schulfrage aufzurühren. Die Vorlage sei fast während der ganzen Session dem Hause unterbreitet gewesen und niemand habe die Schulfrage angeschnitten, wie es jetzt geschehe. Vor kurzer Zeit nun hätten Zeitungen im Osten und Westen darauf hingewiesen, daß die Frage der Naturwerte und die Frage der Separatschulen in Zusammenhang gebracht werden könnten. Er, Premier Brownlee, habe sofort der Dominion-Regierung vorgeschlagen, man möge eine derartige Abänderung vornehmen, daß der Status der Separatschulen derselbe bleibe wie er vor Annahme des Naturwertegesetzes gewesen sei. Diesen Vorschlag habe er durch Telegramm entsandt und auf ihn gelegentlich seines letzten Besuches in Ottawa nochmals hingewiesen. Die canadische Regierung habe sich jedoch geweigert, eine Aenderung zuzulassen.

Brownlee wiederholte, daß die Schul- und die Naturwerte Frage zwei ganz verschiedene Dinge seien und in keiner Weise miteinander verknüpft werden sollten. Die Regierung bemühe sich sehr darum, daß die Naturwerte an die Provinz übertragen werden, aber sie hege gleichzeitig den Wunsch, daß die Schulfrage vollständig außerhalb der Politik bleibe. Er würde lieber die Naturwerte da sehen, wo sie heute sind, als die Schulfrage zum Gegenstand eines Kampfes machen. Unter diesen Umständen könne die Gesetzesvorlage in ihrer jetzigen Form nicht angenommen werden. Doch glaube er, die Legislatur sollte die Uebertragungsbedingungen billigen und sich auf die Annahme der Naturwerte vorbereiten. Alles, was verlangt werde, sei eine kleine Abänderung, die es klar mache, daß die Schulfrage vom politischen Gebiet ferngehalten werden solle, sodaß die Bevölkerung von Alberta ohne Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der religiösen Erziehung weiterleben könne. Das geschehe nicht, um die Dominionregierung oder eine andere Stelle in eine schwierige Lage zu versetzen.

Nach dieser Erklärung nahm die Legislatur die Naturwertebill an, aber ergänzte sie zugleich, um den Wortlaut zu beseitigen, in welchem auf eine gewisse Sektion des Alberta Akt von 1905 Bezug genommen worden war, wonach der Provinz hinsichtlich der Separatschulen bestimmte Verpflichtungen auferlegt worden sind. Anstelle dieser Sektion fügte das „Amendment" einen Satz ein, der erklärte, daß die Schulländereien zum Unterhalt der Schulen gemäß den Gesetzen der Provinz Alberta weiterhin verwaltet werden sollen.

Die Legislatur stimmte ein von der Opposition eingebrachtes „Amendment" nieder, das eine sechsmonatliche Verzögerung der Bill ergeben und die Türe für weitere Verhandlungen mit der Dominion-Regierung versperrt hätte. Brownlee erklärte dazu, daß die Bill in ihrer jetzigen Form so klar sei, daß die Regierung von Alberta und die Bevölkerung der Provinz einmütig die Uebergabebedingungen annehmen könnten und nur in geringem Maße darüber verschiedener Meinung seien, wie diese Uebergabe vor sich gehen soll.

Damit fand diese Session der fünften Legislatur der Provinz Alberta ihren Abschluß.

Canadische Einwanderung

Ottawa. — Die Einwanderung im März 1926 war mehr als doppelt so groß als die vom März 1925, wie amtliche Ziffern des Einwanderungs- und Kolonisationsministeriums zeigen. Im März 1926 sind 15.229 Personen nach Canada eingewandert im Vergleich zu 6.575 im März 1925. Die Einwanderung im Februar war ebenfalls nochmal so groß als im entsprechenden Monat des Vorjahres, nämlich 4.396 gegenüber 2.210 im letzten Jahr. Seit November hat sich die Zunahme der Einwanderung in jedem Monat gezeigt, aber die Ziffer für das letzte Finanzjahr ist insgesamt kleiner als die des Vorjahres, nämlich 69.064 gegen 111.362 des Vorjahres. Die Einwanderung aus den Ver. Staaten hat seit August letzten Jahres beträchtlich zugenommen, sie belief sich auf 18.778 gegenüber 15.818 des Vorjahres. Insgesamt sind im Finanzjahr 1925/26 47.221 Canadier aus den Ver. Staaten nach einer Abwesenheit von mehr als 6 Monaten zurückgekehrt. Diese Ziffer ist in den bereits erwähnten Einwanderungszahlen nicht mit eingeschlossen.

Flutkatastrophe in russischer Stadt

Moskau, 22. Mai. — Ein schreckliches Unglück hat die Stadt Asow betroffen, viele Menschenleben, deren Zahl noch nicht festgestellt worden ist, vernichtet und Schaden, der in die Millionen geht, angerichtet. Ein furchtbarer Orkan wühlte das Asowsche Meer und den Don auf und trieb die Wasser in hohen Sturmwogen nach der Stadt. Depeschen aus Rostow berichten, daß, nachdem sich das Wasser aus den höher liegenden Stadtteilen zurückgezogen hatte, die Straßen mit Leichen von Leuten, die dem entsetzlichen Unwetter zum Opfer fielen, geradezu besät waren.

Der Orkan brach vollkommen unerwartet mitten in der Nacht über die Stadt herein, aber die Katastrophe erreichte erst ihren Höhepunkt, als die Gewässer des Binnenmeeres und des Don über die Ufer brachen und die Straßen mit tobenden Wogen füllten. Der Don stieg in wenigen Stunden um 18 Fuß. Die Ueberschwemmung ist die größte, die seit 25 Jahren eingetreten ist.

Sträflinge rächen sich an ihrem Richter

Berlin, 23. Mai. — Die Kapelle des Gefängnisses von Moabit war die Szene eines ungewöhnlichen Zwischenfalles, als Richter Jürgens, welcher unter Anklage des Amtsmißbrauches inhaftiert ist, von zwei Sträflingen, die er zu langen Freiheitsstrafen verurteilte, angegriffen wurde.

Die Gefängnisinsassen wurden in die Kapelle geführt, um einem Gottesdienst beizuwohnen. Zwei derselben erkannten den Richter wieder, stürzten sich auf ihn und mißhandelten ihn so schwer, daß er in das Hospital gebracht werden mußte.

Premier Gardiner in Winnipeg

Zwei Reden des politischen Führers von Saskatchewan

Billigt die Genehmigung von 3 Millionen Dollars für die Hudsons Bay-Bahn.

Winnipeg, Man. — Hon. J. G. Gardiner, der Premier von Saskatchewan, hat in den letzten Tagen durch zwei bemerkenswerte Reden in Winnipeg ziemliches Aufsehen erregt. Unter anderem sprach er in der Universität von Manitoba und erinnerte dabei an die Zeit, da er selbst der Graduierten-Klasse der Universität von Manitoba vor 15 Jahren angehörte.

Der Premier betonte, daß eine Universitätsbildung die beste Schule für das Leben sei, und meinte, daß nur zwei Einrichtungen einen größeren Einfluß auf das junge Menschenleben als die Universität ausüben, nämlich die Familie und die Kirche.

Gerade in Westcanada bedürfe man gründlich gebildeter Leute. Vor dem Kriege habe es den Anschein gehabt, als ob die ganze Welt sich nur der Anhäufung materiellen Reichtums zugewandt habe. Auf diesem Kontinent habe man sich mehr und mehr jenem Zustand genähert, der in Rom geherrscht habe, als Attila von Nordasien und Europa aus alles überflutete und alle Zivilisation hinwegfegte. In einer materialistischen Welt wurden wir im letzten Westen natürlich materialistisch, vielleicht sogar noch mehr als in anderen Teilen Amerikas. Ein neues Land mit großen Naturwerten und geringer Bevölkerung lud zur Entwicklung ein und bot als Belohnung die Möglichkeit rascher Anhäufung irdischer Güter. Wir vergaßen zu leicht, daß die vornehmste Einrichtung unserer christlichen Zivilisation die Familie war. Wir neigten zu der Anschauung, daß rasch gewonnener Reichtum das Glück bringt und dazu ein müheloses und bequemes Leben.

Mitten in diese materialistische Atmosphäre kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel der gewaltige, furchtbare, zerstörende große Krieg. Dieser Krieg hat die ganze Welt revolutioniert. Die materiellen Reichtümer galten nichts, wenn es sich darum handelte, Grundsätze in die Wagschale zu werfen. Aber der Krieg hat noch mehr getan, als nur unser Denken revolutioniert. Alle die großen Entwicklungen des Verkehrswesens wurden durch die Notwendigkeiten des Krieges noch beschleunigt. Man braucht nur noch Tage, um den Erdball zu umkreisen, während es zuvor ganzer Monate bedurfte. Durch den Bruchteil einer Sekunde sind wir von den größten Sängern, Musikern und Rednern dieses Kontinents getrennt. Die Morgenzeitung bringt die Nachrichten der Welt auf den Frühstückstisch und das Abendkino läßt die Bühnenkünstler der ganzen Welt und Naturschauspiele aus allen Erdteilen vor uns erscheinen. Man kann zu Hause sehen und hören, wozu man vor einigen Generationen noch ein kleines Vermögen benötigt hätte. Die Massen des Lesematerials, die dem jungen Mann heute zur Verfügung stehen, bieten jedem die Möglichkeit einer Fortbildung. Das macht aber die Universitätsbildung nicht überflüssig. Es gelte, so betonte der Redner, die Fähigkeit zu gewinnen, wahr und unwahr, logisch und unlogisch, Recht und Unrecht zu unterscheiden.

* * *

In einer weiteren Rede vor dem Jungliberalen Klub in Winnipeg besprach Premier Gardiner die Tarif- und Transportfrage. Herzlich begrüßte er die Entscheidung der Dominion-Regierung, drei Millionen Dollars für die Hudsons Bay-Bahn heuer aufzuwenden, und meinte, das sei alles, was man zur jetzigen Zeit erwarten könne.

Bezüglich der Brauchbarkeit der Hudsons Bay-Bahn brauche man keine Besorgnisse zu hegen. Wenn Baumaterialien im Werte von Millionen Dollars für den Hafen von Port Nelson durch die Bay transportiert werden könnten, könnten auch Farmprodukte im Werte von Millionen befördert werden.

Japaner für eine zweite Flottenkonferenz

Genf, 22. Mai. — Japanische Diplomaten erwägen die Möglichkeit einer Marinekonferenz zwischen Großbritannien, den Ver. Staaten und Japan. Delegierte aus der Vorkonferenz für die Abrüstung sagten, sie würden eine solche Zusammenkunft befürworten, vorausgesetzt, daß Frankreich und Italien keine gesonderte Flottenkonferenz abhalten.

Neues Blutbad in Damaskus

Franzosen nehmen eine „Säuberung" der syrischen Hauptstadt vor

Stadtteil Midan 15 Stunden lang beschossen.

London, 22. Mai. — Ueber 500 Zivilpersonen, ungefähr 100 Rebellen und 20 Franzosen wurden bei einem Bombardement getötet, das die Franzosen auf den Stadtteil Midan von Damaskus richteten, besagt eine Meldung an die „Daily Expreß." 300 Häuser wurden zerstört.

Obgleich die Nachricht, welche vom 9. Mai datiert ist, nicht bestätigt wurde, hat sie dennoch ungewöhnliche Ueberraschung hervorgerufen, da man glaubte, daß die Schwierigkeiten zwischen den Franzosen und den drusischen Volksstämmen unter der Zivilverwaltung von Jouvenel, dem französischen Oberkommissar für Syrien, beseitigt worden wären.

Eine neuerliche Beschießung der Stadt soll am 11. Mai stattgefunden haben, wobei 50 drusische Rebellen ums Leben kamen.

Die Unruhen begannen am 6. Mai, als französische Militärposten bei Bol-Maussala von den Drusen angegriffen und 28 Soldaten getötet oder gefangen genommen wurden. Die Angreifer hielten sich dann in Midan, dem südlichen Stadtteil von Damaskus verborgen.

Der französische Befehlshaber ordnete die Beschießung des Viertels an und gab den Einwohnern eine Stunde Zeit, den Stadtteil zu verlassen. Vor dem Bombardement umzingelten 3.000 Soldaten das Viertel und verlangten von den Einwohnern die Auslieferung der Rebellen. Als der Forderung nicht Folge geleistet wurde, begann die Beschießung, die 15 Stunden fortgesetzt wurde. Dennoch gelang es 110 Rebellen, durch die französischen Linien ins offene Land zu gelangen, während viele Frauen und Kinder Opfer der platzenden Granaten wurden.

Paris, 22. Mai. — Die französische Regierung erließ eine Erklärung zur Depesche einer Londoner Zeitung, deren Behauptung als unrichtig bezeichnet wird. Die wenigen Zivilisten, sagt die Erklärung, die in dem angegriffenen Teil der Stadt blieben, waren vorher gewarnt und entfernt.

Auch die Beschreibung des Kampfes war nach der Erklärung unrichtig. Das wirkliche Geschehnis war ein Ueberrumpelungsversuch durch eine Rebellenbande auf Damaskus. Die Angriffsstelle war Midan, ein von der Stadt völlig getrennter Vorort. Dieser Vorort war von seiner Zivilbevölkerung fast völlig geräumt und ein Treffpunkt für Banditen. Die Franzosen beschlossen eine Säuberung und fanden, daß der Vorort für Verteidigung in Stand gesetzt worden war.

Mit Unterstützung von Tanks und Artillerie brach die französische Infanterie den Widerstand der Bande, deren Verluste in 53 Toten und 71 Gefangenen bestanden. Eine Anzahl Häuser steckten die Banditen selbst in Brand. Die französischen Verluste waren fünf Tote und acht Verwundete.